

Bundesgesetzblatt ⁵⁷

Teil II

Z 1998 A

1972	Ausgegeben zu Bonn am 26. Februar 1972	Nr. 7
Tag	Inhalt	Seite
22. 2. 72	Gesetz zu dem Vertrag vom 29. Januar 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Benutzung portugiesischer Gewässer und Häfen durch N.S. „Otto Hahn“	57
22. 2. 72	Gesetz zu dem Vertrag vom 21. Mai 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik über das Einlaufen von Reaktorschiffen in argentinische Gewässer und ihren Aufenthalt in argentinischen Häfen	68
28. 1. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen	74
31. 1. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei	74
3. 2. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Weltraumforschungsorganisation	75
4. 2. 72	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Vierten Internationalen Zinn-Übereinkommens	76
4. 2. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Vereinbarung über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr	77
4. 2. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	77
8. 2. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über den Zivilprozeß	78
8. 2. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens	78
10. 2. 72	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts über die Freiheit des Durchgangsverkehrs	79

Gesetz zu dem Vertrag vom 29. Januar 1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Benutzung portugiesischer Gewässer und Häfen durch N.S. „Otto Hahn“

Vom 22. Februar 1972

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 29. Januar 1971 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Benutzung portugiesischer Gewässer und Häfen durch N.S. „Otto Hahn“ wird zugestimmt. Der Vertrag sowie die in den Artikeln 14 und 15 des Vertrages in bezug genommenen Bestimmungen des Brüsseler Übereinkommens vom 25. Mai 1962 über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 22. Februar 1972

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Für den Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Eppler

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister für Verkehr
Leber

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik
über die Benutzung portugiesischer Gewässer und Häfen
durch N.S. „Otto Hahn“

Tratado
entre a República Federal da Alemanha e a República Portuguesa
sobre a utilização de águas e portos portugueses pelo N/N „Otto Hahn“

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 und
 DIE PORTUGIESISCHE REPUBLIK,

A REPÚBLICA FEDERAL DA ALEMANHA
 e
 A REPÚBLICA PORTUGUESA,

in dem Wunsche, im beiderseitigen Interesse die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Handelsschifffahrt zu fördern,

no desejo de fomentarem, no interesse mútuo, o aproveitamento pacífico da energia nuclear, na marinha mercante,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

CONVIERAM NO SEGUINTE:

Artikel 1

In diesem Vertrag bedeuten die nachfolgenden Begriffe:

- a) „Portugiesische Gewässer“ — die Wasserfläche entlang den portugiesischen Küsten in einer Breite von zwölf Seemeilen, gemessen von der Basislinie, wie sie nach dem Genfer Übereinkommen von 1958 über das Küstenmeer und die Anschlußzone ermittelt wird;
- b) „Schiffssicherheitsvertrag“ — das Internationale Übereinkommen von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See;
- c) „Konferenz“ — die Internationale Konferenz von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See;
- d) „Brüsseler Übereinkommen“ — das Übereinkommen über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen, das am 25. Mai 1962 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegt wurde;
- e) „Schiff“ — das Reaktor-Schiff N.S. „Otto Hahn“.

Artigo 1

Para os fins do presente tratado, entendem-se por:

- a) „Águas portuguesas“ — A faixa de mar ao longo das costas portuguesas, numa largura de 12 (doze) milhas náuticas, medidas a partir da linha de base, como se encontra definida nos termos da Convenção sobre Mar Territorial e Zona Contígua, de Genebra, 1958;
- b) „Convenção da Salvaguarda“ — A Convenção internacional para a salvaguarda da vida humana no mar, 1960;
- c) „Conferência“ — A Conferência internacional para a salvaguarda da vida humana no mar, 1960;
- d) „Convenção de Bruxelas“ — A Convenção sobre a responsabilidade dos armadores de navios nucleares que, em 25 de Maio de 1962, foi apresentada para assinatura em Bruxelas;
- e) „Navio“ — navio nuclear N/N „Otto Hahn“.

Artikel 2

(1) Jedes Anlaufen portugiesischer Gewässer, jeder Aufenthalt in portugiesischen Häfen und deren Benutzung durch das Schiff bedürfen der vorherigen Zustimmung der portugiesischen Regierung.

(2) Inhaber des Schiffes ist die „Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt m. b. H., Hamburg“, die in diesem Vertrag als „Inhaber“ bezeichnet wird.

(3) Falls sich der Inhaber des Schiffes ändert, wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Portugiesische Regierung unverzüglich unterrichten.

Artigo 2

(1) Cada entrada em águas portuguesas e cada escala em portos portugueses e sua utilização pelo „Navio“ estão sujeitas a prévia autorização do Governo português.

(2) O armador do Navio é a Companhia de Utilização de Energia Nuclear nas Construções Navais e Navegação, Limitada, de Hamburgo („Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt m. b. H., Hamburg“), que neste tratado será designada por „Armador“.

(3) Se houver mudança de armador, o Governo da República Federal da Alemanha notificará imediatamente o Governo português.

Artikel 3

Soweit nicht in diesem Vertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, unterliegen die Besuche in portugiesischen Gewässern und Häfen durch das Schiff den Grundsätzen und Verfahren, wie sie in Kapitel VIII des Schiffssicherheitsvertrages und in Anlage C der Schlußakte der Konferenz niedergelegt sind.

Artikel 4

(1) Der Inhaber wird die Erlaubnis zur Benutzung des oder der Ankerplätze oder des oder der Häfen beantragen, die das Schiff zu besuchen beabsichtigt.

(2) Die Portugiesische Regierung bestimmt den oder die Ankerplätze oder den oder die Häfen, die angelaufen werden dürfen. Sie bestimmt weiterhin die zuständigen Behörden, welche die in jedem Fall für Fahrt, Manöver und Aufenthalt des Schiffes an jedem Ankerplatz oder Hafen anzuwendenden Bestimmungen erlassen und ihre Erfüllung überprüfen; sie legt ferner fest, welche Behörden für die gemäß Kapitel VIII, Regel 11 des Schiffssicherheitsvertrages vorzunehmenden besonderen Kontrollen zuständig sind.

Artikel 5

(1) Der Inhaber wird den Sicherheitsbericht und die Bedienungsanweisung für die Kernenergieanlage des Schiffes gemäß den Vorschriften des Kapitels VIII, Regel 7 und 8 des Schiffssicherheitsvertrages und den Empfehlungen von Anlage C der Schlußakte der Konferenz vorlegen.

(2) Die Portugiesische Regierung unterrichtet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Prüfung des Sicherheitsberichts und nach Eingang des Antrages des Inhabers gemäß Artikel 4 dieses Vertrages, welchen Ankerplatz oder welche Ankerplätze oder welchen Hafen oder welche Häfen das Schiff während des beantragten Besuchs in Übereinstimmung mit diesem Vertrag und den weiter zu vereinbarenden Bedingungen anlaufen und benutzen darf.

Artikel 6

(1) Die Portugiesische Regierung wird jeweils die entsprechenden Bestimmungen erlassen, die dem Schiff das Anlaufen und den Aufenthalt an dem für jeden Besuch zugelassenen Ankerplatz oder Ankerplätzen oder Häfen oder Häfen ermöglichen.

(2) Die Kontrolle des Zutritts zu dem Schiff obliegt dem Kapitän. Besondere Regeln, die sich auf den Besuch des Schiffes beziehen, werden von dem Kapitän im Einvernehmen mit den zuständigen portugiesischen Behörden erlassen.

(3) Der Kapitän des Schiffes hat die örtlichen Vorschriften zu beachten, soweit diese nicht in Widerspruch zum Sicherheitsbericht und der Bedienungsanweisung für die Kernenergieanlage stehen. Der Kapitän des Schiffes hat ferner den Weisungen der zuständigen örtlichen Behörden zu folgen, sofern diese Weisungen nicht nach seiner Auffassung die Sicherheit der Kernenergieanlage gefährden. Falls er ihnen aus diesem Grunde nicht folgen kann, hat er die zuständigen Stellen der Portugiesischen Regierung unverzüglich zu unterrichten. Die zuständigen portugiesischen Behörden überwachen die Erfüllung ihrer Bestimmungen und Weisungen und können im Falle der Nichterfüllung das unverzügliche Verlassen der portugiesischen Gewässer oder Häfen durch das Schiff verlangen.

(4) Der Kapitän des Schiffes wird die örtlichen Behörden unverzüglich über jedes Ereignis unterrichten, das die genehmigte Liegezeit des Schiffes verlängern könnte.

Artigo 3

Se o presente tratado não determinar expressamente o contrário, as visitas a águas e portos portugueses pelo Navio obedecerão aos princípios e procedimentos estabelecidos no capítulo VIII da Convenção da Salvaguarda e no Anexo C da Acta Final da Conferência.

Artigo 4

(1) O Armador deverá requerer a permissão para a utilização do ancoradouro ou ancoradouros, ou do porto ou portos, que o Navio deseja visitar.

(2) Ao Governo português cabe definir o ancoradouro ou ancoradouros ou o porto ou portos que poderão ser visitados, determinando além disso as autoridades competentes para a fixação e verificação do cumprimento das normas a aplicar em cada caso, tanto na navegação como nas manobras e estadia em cada ancoradouro ou porto, bem como a fiscalização especial a exercer nos termos da regra 11 do capítulo VIII da Convenção da Salvaguarda.

Artigo 5

(1) O Armador apresentará a documentação de segurança e o manual de condução da instalação nuclear do Navio, de acordo com as disposições das regras 7 e 8 do capítulo VIII da Convenção da Salvaguarda e com as recomendações do Anexo C da Acta Final da Conferência.

(2) Após a apreciação da documentação de segurança e de se ter recebido requerimento do Armador, conforme se estipula no artigo 4 deste tratado, o Governo português notificará o Governo da República Federal da Alemanha de qual o ancoradouro ou ancoradouros ou porto ou portos, que o navio poderá demandar e utilizar durante a visita requerida, em conformidade com o presente tratado e com as demais condições que lhe forem fixadas.

Artigo 6

(1) O Governo português elaborará as normas, adequadas a cada caso, que possibilitarão ao Navio demandar e permanecer no ancoradouro ou ancoradouros, porto ou portos, autorizados para cada visita.

(2) Cabe ao capitão do Navio controlar a entrada a bordo do Navio. Regras especiais relativas às visitas ao Navio serão elaboradas pelo respectivo capitão, de acordo com as autoridades portuguesas competentes.

(3) O capitão do Navio terá de obedecer às regras locais desde que estas não vão contra o estipulado na documentação de segurança e no manual de condução da instalação nuclear. Além disso, o capitão do Navio obedecerá às ordens das autoridades locais competentes, desde que aquelas, na opinião daquele capitão, não ponham em risco a segurança da instalação nuclear. Caso, por este risco, julgue não poder acatá-las, deverá informar imediatamente as autoridades competentes do Governo português. As autoridades portuguesas competentes zelam pelo cumprimento das suas normas e ordens, e poderão exigir a imediata saída do Navio de águas ou portos portugueses, no caso de não cumprimento.

(4) O capitão do Navio informará imediatamente as autoridades locais de qualquer acontecimento que possa vir a prolongar a estadia autorizada para o Navio.

Artikel 7

Sofort nach dem Einlaufen des Schiffs in portugiesische Gewässer haben die zuständigen portugiesischen Behörden das Recht auf normalen Zugang zum Schiff. Sie erhalten ferner Zugang zu den Maschinentagebüchern und der Bedienungsanweisung für die Kernenergieanlage, um ihnen die Beurteilung zu ermöglichen, ob das Schiff in Übereinstimmung mit der Bedienungsanweisung betrieben worden ist und betrieben wird, sowie zum Zwecke der besonderen Kontrollen gemäß Artikel VIII, Regel 11 des Schiffssicherheitsvertrages und den Empfehlungen von Anlage C der Schlußakte der Konferenz.

Artikel 8

Der Inhaber trifft alle notwendigen Vorkehrungen, um während des Aufenthaltes des Schiffes in portugiesischen Gewässern oder Häfen das Ablassen radioaktiver Erzeugnisse oder Abfälle zu verhindern, sofern nicht die zuständigen portugiesischen Behörden einem Ablassen radioaktiver Erzeugnisse oder Abfälle ausdrücklich vorher zugestimmt haben.

Artikel 9

(1) Es dürfen nur solche Auftragnehmer mit der Wartung, mit Reparaturen oder mit Dienstleistungen an der Kernenergieanlage in portugiesischen Gewässern oder Häfen beauftragt werden, die zur Durchführung dieser Tätigkeiten geeignet sind und die die zuständigen portugiesischen Behörden in jedem Einzelfall ausdrücklich zur Leistung dieser Dienste zugelassen haben.

(2) Die zuständigen portugiesischen Behörden müssen von jeder derartigen Wartung, Reparatur oder Dienstleistung an der Kernenergieanlage, die in portugiesischen Gewässern oder Häfen vorgenommen werden soll, unterrichtet werden. Reparaturen von besonderer Bedeutung oder solche, die die vereinbarte Liegezeit des Schiffs verlängern, oder die die Fähigkeit des Schiffs, aus eigener Kraft zu fahren, beeinflussen, bedürfen in jedem Fall einer ausdrücklichen Genehmigung der zuständigen portugiesischen Behörden.

Artikel 10

Ereignet sich ein die Umgebung möglicherweise gefährdender Unfall, während sich das Schiff in portugiesischen Gewässern oder Häfen befindet oder diese ansteuert, so hat der Kapitän des Schiffes den zuständigen portugiesischen Behörden sofort einen Bericht nach Kapitel VIII, Regel 12 des Schiffssicherheitsvertrages zu erstatten.

Artikel 11

(1) Wenn nach der Auffassung der zuständigen portugiesischen Behörden eine unmittelbar drohende, ernste Gefahr für die Umgebung des Schiffs vorhanden ist, während es sich in portugiesischen Gewässern oder Häfen befindet oder diese ansteuert, hat der Kapitän des Schiffes den Weisungen dieser Behörden zu folgen.

(2) Falls er diesen Weisungen aus Sicherheitsgründen nicht folgen kann, hat er die zuständigen Stellen der portugiesischen Regierung unverzüglich zu unterrichten. Die zuständigen portugiesischen Behörden haben in allen Fällen das Recht, dem Schiff das Einlaufen in portugiesische Gewässer oder den weiteren Aufenthalt in diesen Gewässern zu untersagen.

Artikel 12

(1) Falls das Schiff in portugiesischen Gewässern oder Häfen strandet, aufläuft oder untergeht, können die zu-

Artigo 7

Logo que o Navio entre em águas ou portos portugueses as autoridades portuguesas competentes têm direito de acesso normal ao Navio. Ser-lhes-á também facultado exame dos diários de máquinas e do manual de condução da instalação nuclear, de modo a poderem julgar se o Navio tem sido e está sendo conduzido de acordo com esse manual, e de modo a satisfazer a regra 11 do capítulo VIII da Convenção da Salvaguarda e as recomendações do Anexo C da Acta Final da Conferência.

Artigo 8

O Armador tomará todas as providências necessárias para que se não faça, enquanto o Navio estiver em águas ou portos portugueses, qualquer evacuação de produtos ou resíduos radioactivos, a menos que as autoridades portuguesas competentes tenham para isso dado prévia autorização expressa.

Artigo 9

(1) Só poderão ser incumbidas da manutenção, de reparações ou serviços na instalação nuclear, em águas ou portos portugueses, as pessoas que tenham sido expressamente autorizadas, em cada caso, como contratantes adequados, para a execução de tais trabalhos, pelas autoridades portuguesas competentes.

(2) As autoridades portuguesas competentes deverão ser previamente informadas de cada trabalho de manutenção, reparação ou serviço na instalação nuclear, que se pretenda efectuar em águas ou portos portugueses. Quaisquer reparações de importância especial ou que possam prolongar a duração que tinha sido fixada para a estadia do Navio em águas ou portos portugueses, ou afectar as possibilidades de o Navio se deslocar pelos seus próprios meios, só poderão ser efectuadas depois de expressamente autorizadas, em cada caso, pelas autoridades portuguesas competentes.

Artigo 10

No caso de se produzir qualquer acidente susceptível de criar perigo na vizinhança do Navio, enquanto este se encontre em águas ou portos portugueses, ou delas se aproxime, o capitão do Navio deve avisar imediatamente as autoridades portuguesas competentes, nos termos da regra 12 do Capítulo VIII da Convenção da Salvaguarda.

Artigo 11

(1) Se, no entender das autoridades portuguesas competentes, existir perigo grave e iminente para a vizinhança do Navio enquanto este se encontre em águas ou portos portugueses ou se aproxime delas, o capitão do Navio terá de obedecer às instruções daquelas autoridades.

(2) Se, por razões de segurança, não puder obedecer àquelas instruções, deverá informar imediatamente as autoridades competentes do Governo português. Em todos os casos, as autoridades portuguesas competentes têm o direito de proibir ao Navio a entrada em águas portuguesas ou a continuação da sua estadia nessas águas.

Artigo 12

(1) No caso do Navio encalhar, enxorrar ou afundar-se em águas ou portos portugueses, as autoridades portu-

ständigen portugiesischen Behörden die nach ihrer Auffassung zur Vermeidung eines drohenden nuklearen Schadens notwendigen Maßnahmen auf Kosten des Inhabers treffen, wenn und insoweit diese von den portugiesischen Behörden genehmigten Maßnahmen nicht vom Inhaber oder der Regierung der Bundesrepublik Deutschland getroffen werden.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auf Wunsch der portugiesischen Regierung kostenlos jede ihr mögliche personelle und sachliche Hilfe dazu leisten.

(3) Die Befugnisse der portugiesischen Behörden betreffend die Beseitigung von Schiffahrtshindernissen und Wracken bleiben unberührt.

Artikel 13

In den Fällen, die dieser Vertrag nicht vorsieht, behält sich die portugiesische Regierung das Recht vor, nach Abstimmung mit dem Kapitän des Schiffes Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit des Schiffes und seiner Regierung zu treffen.

Artikel 14

In diesem Vertrag haben die Begriffe „Inhaber“, „Kernbrennstoff“, „radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“, „nuklearer Schaden“ und „nukleares Ereignis“ die gleiche Bedeutung wie in Artikel I, Nummer 4, 5, 6, 7 und 8 des Brüsseler Übereinkommens.

Artikel 15

Die Haftung für einen nuklearen Schaden, der durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das auf Kernbrennstoffe des Schiffes oder auf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle, die auf dem Schiff erzeugt wurden, zurückzuführen ist, richtet sich nach den Artikeln II, III, Absatz 1, IV, VIII und X, Absatz 1 und 2 des Brüsseler Übereinkommens sowie den folgenden Artikeln dieses Vertrages, jedoch mit der Maßgabe, daß die in Artikel III Absatz 1 des Brüsseler Übereinkommens erwähnte Haftung auf DM 400 Millionen (in Worten: vierhundert Millionen) beschränkt wird.

Artikel 16

(1) Schadensersatzansprüche gemäß Artikel 15 dieses Vertrages erlöschen, wenn nicht binnen zehn Jahren nach dem nuklearen Ereignis Klage erhoben wird.

(2) Ist ein nuklearer Schaden durch Kernbrennstoffe oder durch radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht worden, die gestohlen, verloren oder über Bord geworfen worden sind oder deren Besitz aufgegeben worden ist, so wird die in Absatz 1 bestimmte Frist vom Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses, das den nuklearen Schaden verursacht hat, an berechnet; die Frist läuft jedoch spätestens zwanzig Jahre nach dem Diebstahl, dem Verlust, dem Überbordwerfen oder der Besitzaufgabe ab.

(3) Sofern die in den Absätzen 1 und 2 bestimmte Frist nicht überschritten wird, gilt für den Schadensersatzanspruch eine Verjährungsfrist von fünf Jahren von dem Zeitpunkt an, zu dem die Person, die Ansprüche wegen eines nuklearen Schadens erhebt, von dem Schaden und von der Person des Haftpflichtigen Kenntnis erlangt hat oder zumutbarerweise hätte haben müssen.

(4) Eine Person, die behauptet, einen nuklearen Schaden erlitten zu haben und innerhalb der nach diesem Artikel maßgebenden Frist eine Schadensersatzklage erhoben hat, kann ihre Klage wegen einer Vergrößerung des Schadens

guesas competentes têm o direito de tomar, a expensas do Armador, todas as medidas, em seu entender necessárias, para evitar um dano nuclear iminente, a menos que as medidas, aprovadas pelas autoridades portuguesas, sejam levadas a efeito pelo Armador ou pelo Governo da República Federal da Alemanha.

(2) O Governo da República Federal da Alemanha prestará gratuitamente para esse fim, a pedido do Governo da República Portuguesa, toda a assistência possível, em pessoal e material.

(3) O disposto neste tratado em nada afectará os direitos das autoridades portuguesas em matéria de remoção de obstáculos à navegação e navios naufragados.

Artigo 13

Nos casos não previstos neste tratado, o Governo da República Portuguesa reserva-se o direito de tomar, depois de consultado o capitão do Navio, todas as medidas necessárias à garantia da segurança do Navio e da sua vizinhança.

Artigo 14

No presente tratado, os conceitos de „armador“, „combustível nuclear“, „produto ou resíduo radioactivo“, „dano nuclear“ e „acidente nuclear“ terão os significados definidos no artigo I, números 4, 5, 6, 7 e 8, da Convenção de Bruxelas.

Artigo 15

A responsabilidade por dano nuclear, motivado por um acidente nuclear em que estejam implicados o combustível nuclear do Navio ou os produtos ou resíduos radioactivos produzidos no Navio, será regulada pelo artigo II, pelo número 1 do artigo III, pelos artigos IV e VIII e pelos números 1 e 2 do artigo X da Convenção de Bruxelas, bem como pelos artigos seguintes do presente tratado, sob a condição, no entanto, de o limite de responsabilidade, referido no número 1 do artigo III da Convenção de Bruxelas, ser de DM 400.000.000 (quatrocentos milhões de marcos alemães).

Artigo 16

(1) O direito à reivindicação da indemnização prevista no artigo 15 do presente tratado, caduca se a respectiva acção não for intentada nos dez anos seguintes a contar da data do acidente nuclear.

(2) Quando um dano nuclear é motivado por combustíveis nucleares ou por produtos ou resíduos radioactivos que tenham sido furtados, perdidos, lançados de bordo, ou abandonados, o prazo, referido no parágrafo 1 do presente artigo, é calculado a partir da data do acidente nuclear que motivou o dano nuclear, mas esse prazo não pode, em qualquer caso, ser superior a vinte anos, contados a partir da data daquele furto, perda, lançamento ou abandono.

(3) Sem que, em qualquer caso, possam ser excedidos os prazos definidos nos parágrafos 1 e 2 do presente artigo, é estabelecido um prazo de prescrição de cinco anos para o direito à reivindicação da indemnização, a contar da data em que a pessoa, que fizer uma reivindicação por dano nuclear, teve ou deveria razoavelmente ter tido conhecimento do dano que sofreu e da pessoa que é por ele responsável.

(4) Toda a pessoa, que declare ter sofrido um dano nuclear e que tenha intentado uma acção de reparação no prazo aplicável nos termos do presente artigo, pode modificar o seu pedido com fundamento no agravamento

auch nach Ablauf dieser Frist erweitern, solange noch kein rechtskräftiges Urteil ergangen ist.

Artikel 17

Die Bundesrepublik Deutschland stellt die Erfüllung der Schadensersatzansprüche für nukleare Schäden, die gemäß diesem Vertrag gegen den Inhaber geltend gemacht werden, sicher, indem sie die notwendigen Mittel bis zu einem Höchstbetrag von DM 400 Millionen (in Worten: vierhundert Millionen) bereitstellt, soweit die Mittel, die aus Versicherungen oder sonstigen finanziellen Sicherheiten verfügbar sind, zur Erfüllung der Schadensersatzansprüche nicht ausreichen.

Artikel 18

Vorschriften des nationalen oder internationalen Rechts über die Beschränkung der Reederhaftung sind auf Ansprüche nach diesem Vertrag nicht anzuwenden.

Artikel 19

(1) Jedes rechtskräftige Urteil eines portugiesischen Gerichts, das aufgrund eines nuklearen Ereignisses ergangen ist, welches durch das Schiff verursacht worden ist, wird in der Bundesrepublik Deutschland anerkannt, wenn das portugiesische Gericht nach Artikel X Absatz 1 des Brüsseler Übereinkommens zuständig war.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn

- a) die gerichtliche Entscheidung durch betrügerische Machenschaften erlangt worden ist oder
- b) dem Inhaber keine angemessene Gelegenheit zur Vertretung seiner Sache vor Gericht gegeben worden ist.

(3) Die Begründetheit des dem Urteil zugrunde liegenden Anspruchs unterliegt keiner weiteren gerichtlichen Nachprüfung.

(4) Wird die Vollstreckung einer anerkannten rechtskräftigen gerichtlichen portugiesischen Entscheidung nach den gesetzlichen Förmlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland beantragt, so ist die Entscheidung in gleicher Weise zu vollstrecken, als handelte es sich um die Entscheidung eines deutschen Gerichts.

Artikel 20

Die Artikel 15 bis 19 dieses Vertrages gelten für nukleare Schäden, die innerhalb der portugiesischen Gewässer oder innerhalb des portugiesischen Hoheitsgebietes eintreten, wenn das nukleare Ereignis

- a) innerhalb portugiesischer Gewässer oder innerhalb portugiesischen Hoheitsgebietes oder
- b) außerhalb portugiesischer Gewässer auf einer Fahrt zu oder von einem portugiesischen Hafen oder zu oder aus portugiesischen Gewässern eingetreten ist.

Artikel 21

Werden durch das Inkrafttreten eines mehrseitigen internationalen Abkommens oder durch die nationale Gesetzgebung einer der Vertragsparteien Angelegenheiten geregelt, die in diesem Vertrag geregelt worden sind, so werden die Vertragsparteien rechtzeitig Verhandlungen zur Überprüfung des Vertrages aufnehmen.

do dano, mesmo depois de decorrido aquele prazo, enquanto não for proferido um julgamento definitivo.

Artigo 17

A República Federal da Alemanha assegurará a satisfação das reivindicações de indemnização por danos nucleares que, de acordo com o presente tratado, tenham sido julgadas válidas contra o Armador, fornecendo as quantias necessárias até um montante máximo de DM 400.000.000 (quatrocentos milhões de marcos alemães) na medida em que as quantias disponíveis, provenientes de seguro ou de outras garantias financeiras não venham a ser suficientes para a satisfação das indemnizações devidas.

Artigo 18

As disposições de direito interno ou internacional sobre limitação de responsabilidade do armador, não podem ser aplicadas a reivindicações feitas nos termos do presente tratado.

Artigo 19

(1) Todo o julgamento definitivo pronunciado por tribunal português competente, nos termos do número 1 do artigo X, da Convenção de Bruxelas, em virtude de acidente nuclear motivado pelo Navio, será reconhecido no território da República Federal da Alemanha.

(2) Esse reconhecimento só poderá ser recusado se:

- a) o julgamento for obtido fraudulentamente; ou
- b) ao Armador não tiver sido facultado apresentar a sua defesa.

(3) O mérito da causa, sobre que recaiu o julgamento, não poderá ser objecto da nova apreciação judicial.

(4) Todo o julgamento definitivo de um tribunal português, que for reconhecido e cuja execução for requerida pela forma prevista pelas leis da República Federal da Alemanha, será executório, como se se tratasse de um julgamento de um tribunal da República Federal da Alemanha.

Artigo 20

Os artigos 15 a 19 do presente tratado valem para danos nucleares ocorridos nas águas portuguesas ou em território português se o acidente nuclear tiver ocorrido:

- a) dentro das águas portuguesas ou do território português, ou
- b) fora das águas portuguesas numa viagem para ou de um porto português, ou para ou de águas portuguesas.

Artigo 21

Se, pela entrada em vigor de um acordo internacional multilateral ou pela legislação nacional de uma das partes contratantes, forem regulados assuntos, já regulados no presente tratado, as partes contratantes iniciarão oportunamente negociações para a revisão do presente tratado.

Artikel 22

(1) Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel X Absatz 1 und 2 des Brüsseler Übereinkommens wird jede Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden kann, auf Antrag einer der Parteien einem Schiedsverfahren unterworfen.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(3) Werden die in Absatz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll sein Vertreter die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vertreter die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Range nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(4) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 23

Die Bestimmungen dieses Vertrages berühren nicht die Rechte, Ansprüche und Rechtsansichten der Vertragsparteien hinsichtlich der Begrenzung des Küstenmeeres und hinsichtlich ihrer Zuständigkeit auf der Hohen See.

Artikel 24

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Portugiesischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 25

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Lissabon ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 26

Der Vertrag endet fünf Jahre nach Inkrafttreten, er verlängert sich stillschweigend jeweils um ein weiteres

Artigo 22

(1) Sem prejuízo das disposições dos números 1 e 2 do artigo X da Convenção de Bruxelas, todo o diferendo entre as partes contratantes, respeitante à interpretação e aplicação do presente tratado, que não possa ser regulado por negociações, é submetido a arbitragem, a pedido de uma delas.

(2) O tribunal arbitral será constituído, para cada caso, nomeando cada uma das partes contratantes um dos árbitros, os quais designarão, de comum acordo, um outro árbitro, que deverá ser cidadão de um terceiro país e que será nomeado conjuntamente pelos governos das duas partes contratantes; os árbitros escolhidos pelas partes deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o árbitro de desempate no prazo de três meses, a contar da data em que uma das partes contratantes tenha notificado a outra de que deseja submeter o diferendo a tribunal arbitral.

(3) No caso dos prazos fixados no parágrafo 2 não serem cumpridos, cada uma das partes contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao presidente do Tribunal Internacional de Justiça que proceda às necessárias nomeações. No entanto, se esta entidade tiver a nacionalidade de qualquer das partes contratantes, ou se estiver impedida por qualquer outro motivo, caberá ao seu substituto fazer as nomeações referidas. No caso do substituto também ter a nacionalidade de uma das partes contratantes ou também estar impedido por qualquer outro motivo, as nomeações caberão ao membro do mesmo Tribunal que se siga na hierarquia e que não tenha a nacionalidade de qualquer das partes contratantes.

(4) O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos. As suas decisões serão obrigatórias. A cada uma das partes contratantes caberão as despesas do respectivo árbitro, bem como da respectiva representação no processo apresentado ao tribunal arbitral. Ambas as partes contratantes contribuirão em partes iguais para as despesas do árbitro de desempate e bem assim das demais despesas. O tribunal arbitral, porém, poderá regular de modo diferente a forma de satisfazer as despesas. Ao tribunal arbitral caberá regular o processo.

Artigo 23

As disposições deste tratado não afectam os direitos, reivindicações e pontos de vista das partes contratantes quanto à limitação do mar territorial e à sua competência no alto mar.

Artigo 24

O presente tratado valerá também para o "Land" Berlin, a menos que o Governo da República Federal da Alemanha se manifeste em sentido contrário junto do Governo da República Portuguesa, dentro dos três meses após a entrada em vigor do presente tratado.

Artigo 25

(1) O presente tratado carece de ratificação; os instrumentos de ratificação deverão ser trocados o mais breve possível na cidade de Lisboa.

(2) O presente tratado entrará em vigor na data da troca dos instrumentos de ratificação.

Artigo 26

O presente tratado expira cinco anos após a sua entrada em vigor, prorrogando-se tacitamente por períodos

Jahr, sofern nicht eine der Vertragsparteien der Verlängerung spätestens sechs Monate vor Vertragsablauf widerspricht.

sucessivos de um ano, a não ser que uma das partes contratantes se pronuncie contra essa prorrogação, o mais tardar seis meses antes da expiração do presente tratado.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

EM FÉ DO QUE, os Plenipotenciários firmaram o presente tratado.

GESCHEHEN zu Bonn am 29. Januar 1971 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

FEITO em Bona, aos 29 de janeiro de 1971 em dois exemplares originais, cada um em idioma alemão e em idioma português, sendo ambos os textos igualmente autênticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Paul Frank

Pela República Federal da Alemanha
Paul Frank

Für die Portugiesische Republik
Manuel Homem de Mello

Pela República Portuguesa
Manuel Homem de Mello

Artikel I Nummer 4, 5, 6, 7, 8; Artikel II; Artikel III Abs. 1; Artikel IV;
Artikel VIII; Artikel X Abs. 1 und 2 des Brüsseler Übereinkommens
vom 25. Mai 1962
über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen

(Übersetzung)

Article I

For the purposes of this Convention,

1.—3.: ...

4. "Operator" means the person authorized by the licensing State to operate a nuclear ship, or where a contracting State operates a nuclear ship, that State.

5. "Nuclear fuel" means any material which is capable of producing energy by a self-sustaining process of nuclear fission and which is used or intended for use in a nuclear ship.

6. "Radioactive products or waste" means any material, including nuclear fuel, made radioactive by neutron irradiation incidental to the utilization of nuclear fuel in a nuclear ship.

7. "Nuclear damage" means loss of life or personal injury and loss or damage to property which arises out of or results from the radioactive properties or a combination of radioactive properties with toxic, explosive or other hazardous properties of nuclear fuel or of radioactive products or waste; any other loss, damage or expense so arising or resulting shall be included only if and to the extent that the applicable national law so provides.

8. "Nuclear incident" means any occurrence or series of occurrences having the same origin which causes nuclear damage.

9.—12.: ...

Article II

(1) The operator of a nuclear ship shall be absolutely liable for any nuclear damage upon proof that such damage has been caused by a nuclear incident involving the nuclear fuel of, or radioactive products or waste pro-

Article premier

Au sens de la présente Convention,

1.—3.: ...

4. «Exploitant» signifie la personne autorisée par l'Etat dont émane la licence à exploiter un navire nucléaire, ou l'Etat contractant qui exploite un navire nucléaire.

5. «Combustible nucléaire» signifie toute matière permettant de produire de l'énergie par une réaction en chaîne de fission nucléaire et qui est utilisée ou destinée à l'être dans un navire nucléaire.

6. «Produit ou déchet radioactif» signifie toute matière, y compris le combustible nucléaire, rendue active par l'irradiation par les neutrons, du fait de l'utilisation de combustibles nucléaires à bord d'un navire nucléaire.

7. «Dommage nucléaire» signifie tout décès, dommage aux personnes, perte de biens ou dommage aux biens qui provient ou résulte des propriétés radioactives ou d'une combinaison de ces propriétés et des propriétés toxiques, explosives ou autres propriétés dangereuses du combustible nucléaire ou de produits ou déchets radioactifs; toute autre perte, dommage ou dépense qui en provient ou qui en résulte n'est couvert que dans le cas et dans la mesure où le droit interne applicable le prévoit.

8. «Accident nucléaire» signifie tout fait ou toute succession de faits de même origine qui cause un dommage nucléaire.

9.—12.: ...

Article II

(1) L'exploitant d'un navire nucléaire est objectivement responsable de tout dommage nucléaire dont il est prouvé qu'il a été causé par un accident nucléaire dans lequel sont impliqués le combustible nucléaire ou

Artikel I

Im Sinne dieses Übereinkommens haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1.—3.: ...

4. „Inhaber“ bedeutet die Person, welcher der Genehmigungsstaat den Betrieb eines Reaktorschiffes erlaubt hat, oder, wenn ein Vertragsstaat ein Reaktorschiff betreibt, diesen Vertragsstaat.

5. „Kernbrennstoff“ bedeutet einen Stoff, der geeignet ist, durch einen sich selbst tragenden Kernspaltungsvorgang Energie zu erzeugen, und der in einem Reaktorschiff verwendet wird oder verwendet werden soll.

6. „Radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“ bedeuten Stoffe einschließlich von Kernbrennstoffen, die infolge der Verwendung von Kernbrennstoffen in einem Reaktorschiff durch Neutronenbestrahlung radioaktiv geworden sind.

7. „Nuklearer Schaden“ bedeutet die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und den Verlust oder die Beschädigung von Sachen, sofern der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen herrührt oder sich daraus ergibt; sonstige hiervon herrührende oder sich hieraus ergebende Verluste, Schäden oder Aufwendungen sind nur eingeschlossen, wenn und soweit das anzuwendende innerstaatliche Recht dies vorsieht.

8. „Nukleares Ereignis“ bedeutet das einen nuklearen Schaden verursachende Ereignis oder eine Reihe solcher aufeinanderfolgender Ereignisse desselben Ursprungs.

9.—12.: ...

Artikel II

(1) Der Inhaber eines Reaktorschiffes haftet ohne weitere Voraussetzungen für jeden nuklearen Schaden, wenn bewiesen wird, daß dieser Schaden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden ist, das auf Kernbrenn-

duced in, such ship.

(2) Except as otherwise provided in this Convention no person other than the operator shall be liable for such nuclear damage.

(3) Nuclear damage suffered by the nuclear ship itself, its equipment, fuel or stores shall not be covered by the operator's liability as defined in this Convention.

(4) The operator shall not be liable with respect to nuclear incidents occurring before the nuclear fuel has been taken in charge by him or after the nuclear fuel or radioactive products or waste have been taken in charge by another person duly authorized by law and liable for any nuclear damage that may be caused by them.

(5) If the operator proves that the nuclear damage resulted wholly or partially from an act or omission done with intent to cause damage by the individual who suffered the damage, the competent courts may exonerate the operator wholly or partially from his liability to such individual.

(6) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the operator shall have a right of recourse:

- a) If the nuclear incident results from a personal act or omission done with intent to cause damage in which event recourse shall lie against the individual who has acted, or omitted to act, with such intent,
- b) If the nuclear incident occurred as a consequence of any wreckraising operation, against the person or persons who carried out such operation without the authority of the operator or of the State having licensed the sunken ship or of the State in whose waters the wreck is situated;
- c) If recourse is expressly provided for by contract.

Article III paragraph 1

(1) The liability of the operator as regards one nuclear ship shall be limited to 1,500 million francs in respect of any one nuclear incident, notwithstanding that the nuclear incident may have resulted from any fault or privity of the operator, such limit shall include neither any interest nor costs awarded by a court in ac-

les produits ou déchets radioactifs de ce navire.

(2) Aucune personne autre que l'exploitant n'est responsable d'un tel dommage nucléaire, à moins que la présente Convention n'en dispose autrement.

(3) Le dommage nucléaire subi par le navire nucléaire lui-même, ses agrès et appareils, son combustible et ses provisions, n'est pas couvert par la responsabilité de l'exploitant déterminée dans la présente Convention.

(4) La responsabilité de l'exploitant ne s'étend pas aux accidents nucléaires survenus avant la prise en charge du combustible nucléaire par l'exploitant ni après la prise en charge du combustible ou des produits ou déchets radioactifs par une autre personne légalement autorisée et responsable de tout dommage nucléaire qui pourrait être causé par ces matières.

(5) Si l'exploitant prouve que le dommage nucléaire résulte, en totalité ou en partie, du fait que la personne physique qui l'a subi a agi ou omis d'agir dans l'intention de causer un dommage, les tribunaux compétents peuvent exonérer l'exploitant de tout ou partie de sa responsabilité envers ladite personne.

(6) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, l'exploitant a un droit de recours:

- a) Si l'accident nucléaire a été provoqué par un fait personnel et volontaire dans l'intention de causer un dommage; dans ce cas, le recours est exercé contre la personne physique qui a agi ou qui a omis d'agir dans une telle intention;
- b) Si l'accident nucléaire est la conséquence de travaux de relèvement de l'épave, contre la personne ou les personnes qui ont entrepris ces travaux sans l'autorisation de l'exploitant ou de l'Etat dont émane la licence du navire coulé, ou de l'Etat dans les eaux duquel l'épave se trouve;
- c) Si un recours a été expressément prévu par contrat.

Article III paragraphe 1

(1) Le montant de la responsabilité de l'exploitant en ce qui concerne un même navire nucléaire est limité à 1,5 milliard de francs pour un même accident nucléaire, même si celui-ci a eu lieu par une faute personnelle quelconque de l'exploitant; ce montant ne comprend ni les intérêts ni les dépens alloués par un tribunal dans

stoffe dieses Schiffes oder auf dem Schiff erzeugte radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zurückzuführen ist.

(2) Soweit nicht in diesem Übereinkommen etwas anderes bestimmt ist, haftet für einen solchen nuklearen Schaden niemand außer dem Inhaber.

(3) Ein nuklearer Schaden, den das Schiff selbst, seine Ausrüstung oder seine Brennstoff- und sonstigen Vorräte erleiden, fällt nicht unter die Haftung des Inhabers nach diesem Übereinkommen.

(4) Der Inhaber haftet nicht für nukleare Ereignisse, die eintreten, bevor er die Kernbrennstoffe übernommen hat oder nachdem die Kernbrennstoffe oder radioaktiven Erzeugnisse oder Abfälle von einer anderen Person übernommen worden sind, die dazu gesetzlich ermächtigt ist und für den durch diese Stoffe verursachten nuklearen Schaden haftet.

(5) Beweist der Inhaber, daß der nukleare Schaden ganz oder teilweise durch eine mit Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unterlassung einer verletzten natürlichen Person verursacht worden ist, so können die zuständigen Gerichte den Inhaber von seiner Haftung gegenüber dieser Person ganz oder teilweise befreien.

(6) Ungeachtet des Absatzes 1 hat der Inhaber das Recht des Rückgriffs,

- a) wenn das nukleare Ereignis die Folge einer in Schädigungsabsicht begangenen Handlung oder Unterlassung ist, und zwar gegen die natürliche Person, welche die Handlung oder Unterlassung mit solcher Absicht begangen hat;
- b) wenn das nukleare Ereignis als Folge der Bergung eines Wracks eingetreten ist, gegen die Person oder Personen, welche die Bergungsarbeiten ohne Erlaubnis des Inhabers oder des Staates, der die Betriebsgenehmigung für das gesunkene Schiff erteilt hat, oder des Staates, in dessen Hoheitsgewässern sich das Wrack befindet, ausgeführt haben;
- c) wenn der Rückgriff vertraglich ausdrücklich vereinbart ist.

Artikel III Absatz 1

(1) Die Haftung des Inhabers ist für jedes Reaktorschiff auf 1.500 Millionen Franken wegen jedes einzelnen nuklearen Ereignisses beschränkt, selbst wenn das Ereignis auf einem Verschulden des Inhabers beruht; dieser Betrag umfaßt nicht Zinsen und Kosten, die von einem Gericht in einem Schadensersatzprozeß nach diesem

tions for compensation under this Convention.

(2)–(4): ...

Article IV

Whenever both nuclear damage and damage other than nuclear damage have been caused by a nuclear incident and one or more other occurrences and the nuclear damage and such other damage are not reasonably separable, the entire damage shall, for the purposes of this Convention, be deemed to be the nuclear damage exclusively caused by the nuclear incident. However, where damage is caused jointly by a nuclear incident covered by this Convention and by an emission of ionizing radiation or by an emission of ionizing radiation in combination with the toxic, explosive or other hazardous properties of the source of radiation not covered by it, nothing in this Convention shall limit or otherwise affect the liability, either as regards the victims or by way of recourse or contribution, of any person who may be held liable in connection with the emission of ionizing radiation or by the toxic, explosive or other hazardous properties of the source of radiation not covered by this Convention.

Article VIII

No liability under this Convention shall attach to an operator in respect to nuclear damage caused by a nuclear incident directly due to an act of war, hostilities, civil war or insurrection.

Article X

(1) Any action for compensation shall be brought, at the option of the claimant, either before the courts of the licensing State or before the courts of the contracting State or States in whose territory nuclear damage has been sustained.

(2) If the licensing State has been or might be called upon to ensure the payment of claims for compensation in accordance with paragraph 2 of Article III of this Convention, it may intervene as party in any proceedings brought against the operator.

(3): ...

une action en réparation intentée en vertu de la présente Convention.

(2)–(4): ...

Article IV

Lorsqu'un dommage nucléaire et un dommage non nucléaire sont causés par un accident nucléaire ou conjointement par un accident nucléaire et un ou plusieurs autres événements, sans qu'il soit possible de déterminer avec certitude le dommage nucléaire et le dommage non nucléaire, la totalité du dommage est considérée, aux fins de la présente Convention, comme un dommage nucléaire causé par l'accident nucléaire. Toutefois, lorsqu'un dommage est causé conjointement par un accident nucléaire visé par la présente Convention et par une émission de rayonnements ionisants ou par une émission de rayonnements ionisants en combinaison avec les propriétés toxiques, explosives et autres propriétés dangereuses de la source de rayonnements non visée par elle, aucune disposition de la présente Convention ne limite ni n'affecte autrement la responsabilité, envers les victimes ou par voie de recours ou de contribution, de toute personne qui pourrait être tenue responsable du fait de l'émission de rayonnements ionisants ou des propriétés toxiques, explosives et autres propriétés dangereuses de la source de rayonnements non visée par la présente Convention.

Article VIII

L'exploitant n'est pas responsable en vertu de la présente Convention d'un dommage nucléaire causé par un accident nucléaire résultant directement d'un acte de guerre, d'hostilités, d'une guerre civile ou d'une insurrection.

Article X

(1) Toute action en réparation est intentée, au choix du demandeur, soit devant les tribunaux de l'Etat dont émane la licence, soit devant les tribunaux de l'Etat contractant ou des Etats contractants sur le territoire duquel ou desquels le dommage nucléaire a été subi.

(2) Si l'Etat dont émane la licence a été ou peut être appelé à assurer le paiement des indemnités conformément au § 2 de l'article III de la présente Convention, il a le droit d'intervenir en qualité de partie dans toute procédure engagée contre l'exploitant.

(3): ...

Übereinkommen zugesprochen werden.

(2)–(4): ...

Artikel IV

Werden durch ein nukleares Ereignis oder gemeinsam durch ein nukleares Ereignis und ein oder mehrere andere Ereignisse sowohl ein nuklearer als auch ein nichtnuklearer Schaden verursacht und lassen sich der nukleare und der nichtnukleare Schaden nicht hinreichend sicher trennen, so gilt für die Zwecke dieses Übereinkommens der gesamte Schaden als ein ausschließlich durch das nukleare Ereignis verursachter nuklearer Schaden. Wird jedoch ein Schaden gemeinsam durch ein nukleares Ereignis im Sinne des Übereinkommens und durch ionisierende Strahlung oder durch ionisierende Strahlung in Verbindung mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften der nicht unter das Übereinkommen fallenden Strahlenquellen verursacht, so wird die gegenüber den Geschädigten oder im Wege des Rückgriffs oder als Ausgleichsanspruch bestehende Haftung von Personen, die im Zusammenhang mit der Aussendung ionisierender Strahlen oder wegen der giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften der nicht unter das Übereinkommen fallenden Strahlenquellen haftbar gemacht werden können, durch das Übereinkommen weder eingeschränkt noch in sonstiger Weise berührt.

Artikel VIII

Der Inhaber haftet nach diesem Übereinkommen nicht für einen nuklearen Schaden, der durch ein unmittelbar auf eine Kriegshandlung, auf Feindseligkeiten, auf einen Bürgerkrieg oder auf einen Aufstand zurückzuführendes nukleares Ereignis verursacht worden ist.

Artikel X

(1) Schadenersatzklagen sind nach Wahl des Klägers entweder bei den Gerichten des Genehmigungsstaats oder bei den Gerichten des oder der Vertragsstaaten zu erheben, in deren Hoheitsgebiet der nukleare Schaden eingetreten ist.

(2) Ist von dem Genehmigungsstaat verlangt worden, daß er die Erfüllung von Schadenersatzansprüchen nach Artikel III Absatz 2 sicherstellt, oder könnte dies von ihm verlangt werden, so kann er jedem Verfahren beitreten, das gegen den Inhaber anhängig ist.

(3): ...

Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. Mai 1971
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Argentinischen Republik
über das Einlaufen von Reaktorschiffen in argentinische Gewässer
und ihren Aufenthalt in argentinischen Häfen

Vom 22. Februar 1972

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Buenos Aires am 21. Mai 1971 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik über das Einlaufen von Reaktorschiffen in argentinische Gewässer und ihren Aufenthalt in argentinischen Häfen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 22. Februar 1972

Der Bundespräsident
Heinemann

Der Bundeskanzler
Brandt

Für den Bundesminister
für Bildung und Wissenschaft
Der Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Eppler

Der Bundesminister des Auswärtigen
Scheel

Der Bundesminister für Verkehr
Leber

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Argentinischen Republik
über das Einlaufen von Reaktorschiffen in argentinische Gewässer
und ihren Aufenthalt in argentinischen Häfen

Convenio
entre la República Federal de Alemania
y la República Argentina
sobre la entrada de buques nucleares en aguas Argentinas
y su permanencia en puertos Argentinos

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Argentinischen Republik,
geleitet von dem gemeinsamen Interesse an der friedlichen Entwicklung der Kernenergie, einschließlich der Verwendung in der Handelsschifffahrt,
sind wie folgt übereingekommen:

Los Gobiernos de la República Federal de Alemania,
y
de la República Argentina,
movidos por el interés común en el desarrollo del uso pacífico de la energía nuclear, inclusive los referidos a la navegación,
convienen lo siguiente:

Artikel 1

In diesem Vertrag bedeutet:

1. „Behörde“ — die für die Anwendung dieses Vertrags zuständigen Stellen der Argentinischen Republik.
2. „Genehmigungsstaat“ — die Bundesrepublik Deutschland als der Staat, der den Betrieb des Schiffes unter seiner Flagge genehmigt.
3. „Schiff“ — das in der Bundesrepublik Deutschland eingetragene Reaktorschiff „OTTO HAHN“ sowie jedes andere Schiff, das nach Artikel 10 einbezogen wird.
4. „Inhaber“ — die Person, der der Genehmigungsstaat die Genehmigung zum Betrieb des Schiffes erteilt hat.
5. „Brüsseler Übereinkommen“ — das Übereinkommen über die Haftung der Inhaber von Reaktorschiffen, wie es am 25. Mai 1962 in Brüssel zur Unterzeichnung aufgelegt wurde.
6. „Solas-Übereinkommen“ — das Internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, London 17. Juni 1960.
7. „Argentinische Gewässer“ — die Wasserfläche entlang den argentinischen Küsten in einer Breite von 200 Seemeilen, gemessen von der Basislinie wie sie nach internationalem Recht und internationaler Praxis festgelegt ist, ohne daß dies die Rechte und Auffassungen der Vertragsparteien hinsichtlich des Küstenmeeres und ihrer Zuständigkeit auf der Hohen See berührt.
8. „Kernbrennstoff“ — einen Stoff, der geeignet ist, durch einen sich selbst tragenden Kernspaltungsvor-

Artículo 1

A los efectos del presente Convenio se entenderá:

1. Por "Autoridad", los organismos de la República Argentina competentes en la aplicación del presente Convenio.
2. Por "Estado de la Licencia", la República Federal de Alemania en su carácter de país autorizante de la explotación del buque bajo su pabellón.
3. Por "buque", el buque nuclear "OTTO HAHN" de registro de la República Federal de Alemania y todo otro buque que se incluya de acuerdo con lo previsto en el artículo 10.
4. Por "explotador", la persona que el Estado de la Licencia haya autorizado para explotar el buque.
5. Por "Convención de Bruselas", la "Convención sobre la responsabilidad de los explotadores de buques nucleares", presentada para la firma en Bruselas el 25 de mayo de 1962.
6. Por Convención S.O.L.A.S., la "Convención Internacional para la Seguridad de la Vida Humana en el Mar", Londres, 17 de junio de 1960.
7. Por "aguas argentinas", la extensión de mar a lo largo de las costas argentinas en una distancia de 200 millas marinas medidas desde la línea de base, como se encuentra determinada en el derecho y la práctica internacionales, sin que ello signifique afectar los derechos y puntos de vista de las Partes Contratantes respecto a sus conceptos de mar territorial y a su competencia en alta mar.
8. Por "combustible nuclear", toda sustancia capaz de producir energía mediante un proceso automantenido

gang Energie zu erzeugen, und der in einem Reaktorschiff verwendet wird oder verwendet werden soll.

9. „Radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle“ — Stoffe einschließlich von Kernbrennstoffen, die infolge der Verwendung von Kernbrennstoffen in einem Reaktorschiff durch Neutronenbestrahlung radioaktiv geworden sind.
10. „Nuklearer Schaden“ — die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und den Verlust oder die Beschädigung von Sachen, sofern der Schaden von den radioaktiven Eigenschaften oder einer Verbindung der radioaktiven Eigenschaften mit giftigen, explosiven oder sonstigen gefährlichen Eigenschaften von Kernbrennstoffen oder radioaktiven Erzeugnissen oder Abfällen herrührt oder sich daraus ergibt; sonstige hiervon herrührende oder sich hieraus ergebende Verluste, Schäden oder Aufwendungen sind nur eingeschlossen, wenn und soweit das anzuwendende innerstaatliche Recht dies vorsieht.
11. „Nukleares Ereignis“ — den einen nuklearen Schaden verursachenden Vorfall oder eine Reihe solcher aufeinanderfolgender Vorfälle desselben Ursprungs.

Artikel 2

(1) Soweit in diesem Vertrag nicht etwas anderes bestimmt ist, gelten für das Schiff die allgemeinen innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

(2) Das Einlaufen des Schiffes in argentinische Gewässer bedarf der vorherigen Genehmigung der Behörde.

(3) Zur Gewährung der Einlaufgenehmigung ist es unerlässlich, der Behörde eine angemessene Zeit vorher den „Sicherheitsbericht“ für das Schiff nach Maßgabe des Kapitels VIII Regel 7 des Solas-Übereinkommens vorzulegen.

(4) Die Behörde ist ferner ebenso frühzeitig, wie in Absatz 3 vorgesehen, im Einzelnen über die Operationen des Schiffes, insbesondere der Be- und Entladetätigkeit, zu unterrichten, die das Schiff in argentinischen Gewässern und Häfen auszuführen beabsichtigt.

(5) Das Schiff hat den Weisungen der Behörde hinsichtlich der Navigation in argentinischen Gewässern zu folgen, die gegebenenfalls auch die Häfen, in denen es sich aufhalten kann, und die Bedingungen für Operationen des Schiffes einschließlich der Be- und Entladetätigkeit festlegen wird.

Artikel 3

(1) Das Schiff hat sich vor Anlaufen des Hafens an einem von der Behörde bestimmten Ort der in Kapitel VIII Regel 11 des Solas-Übereinkommens vorgesehenen besonderen Kontrolle zu unterziehen.

(2) Der Kapitän hat den von der Behörde bestimmten Personen das Betreten des Schiffes für die angemessene Kontrolle der radiologischen Sicherheitsmaßnahmen zu gestatten.

Artikel 4

(1) Während des Aufenthalts des Schiffes in einem argentinischen Hafen koordiniert die Behörde mit dem Kapitän des Schiffes die Maßnahmen zur angemessensten Durchführung der Sicherheitsmaßnahmen, die nach dem Solas-Übereinkommen anzuwenden sind, unbeschadet der Sondervorschriften, welche die Behörde nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften erläßt.

(2) Ist der Kapitän des Schiffes der Ansicht, daß eine der im vorstehenden Absatz erwähnten Vorschriften nicht

de fisión nuclear utilizado por el buque o destinado a él.

9. Por "productos o desechos radiactivos", todo material, incluido el combustible nuclear, cuya radiactividad se haya originado por irradiación neutrónica durante el proceso de utilización del combustible nuclear a bordo del buque.
10. Por "daños nucleares", la pérdida de vidas humanas, las lesiones corporales y los daños o perjuicios materiales que sean consecuencia o resultado de las propiedades radiactivas o de su combinación con las propiedades tóxicas, explosivas u otras propiedades peligrosas del combustible nuclear o de los productos o desechos radiactivos; los demás daños, perjuicios o gastos resultantes sólo quedarán incluidos en esta definición cuando así lo disponga la legislación nacional pertinente.
11. Por "accidente nuclear", todo hecho o serie de hechos que tengan un origen común y ocasionen daños nucleares.

Artículo 2

1. Siempre que no se disponga otra cosa para el buque en este Convenio, regirán a su respecto las normas generales de la legislación local.

2. La entrada del buque en aguas argentinas requerirá la autorización previa de la Autoridad.

3. Para el otorgamiento de la autorización de entrada será indispensable remitir a la Autoridad, con anticipación razonable, el "Historial de Seguridad" del buque con el alcance y en las condiciones generales previstas en la regla 7 del Capítulo VIII de la Convención S.O.L.A.S.

4. La Autoridad será asimismo informada con la antelación prevista en el inciso 3, y en forma detallada, de las operaciones de tráfico marítimo, especialmente las de carga y descarga, que el buque desee realizar en aguas y puertos argentinos.

5. El buque deberá ajustarse a las instrucciones de la Autoridad en cuanto a la navegación por las aguas argentinas quien, en su caso, determinará los puertos en que podrá permanecer y las condiciones en que deberán realizarse las operaciones de tráfico marítimo, especialmente las de carga y descarga.

Artículo 3

1. El buque deberá, antes de su entrada a puerto y en el punto que determine la Autoridad, someterse al control especial previsto por la regla 11, Capítulo VIII de la Convención S.O.L.A.S.

2. El capitán del buque deberá aceptar a bordo el personal que indique la Autoridad, para el adecuado control de las medidas de seguridad radiológicas.

Artículo 4

1. Durante la permanencia del buque en puerto argentino, la Autoridad coordinará con el capitán del buque las medidas requeridas para la más adecuada implementación de las medidas de seguridad a adoptarse, según lo previsto en la Convención S.O.L.A.S., sin perjuicio de las normas especiales que la Autoridad establezca de acuerdo con lo dispuesto por la legislación local.

2. Cuando el capitán del buque estime que no será posible dar cumplimiento a alguna de las normas mencio-

befolgt werden kann, so hat er dies unverzüglich der Behörde mitzuteilen, die das sofortige Auslaufen des Schiffes oder einen Wechsel des Liegeplatzes anordnen kann, ungeachtet des Standes einer etwaigen Be- oder Entladetätigkeit.

Artikel 5

(1) Das Schiff darf radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle in argentinischen Gewässern oder Häfen nur mit ordnungsgemäß belegter Genehmigung der Behörde beiseitigen.

(2) Das Schiff hat außer den Gebühren für Schiffe herkömmlicher Art die Lotsen- und Schleppkosten zu zahlen, die sich aus der Anwendung von Sicherheitsmaßnahmen in argentinischen Gewässern und Häfen oder aus den Notmaßnahmen nach Absatz 4 dieses Artikels ergeben.

(3) Die Bedingungen für die Reparatur der nuklearen Anlage des Schiffes in argentinischen Gewässern und Häfen, ihre Wartung und deren Überprüfung durch die Behörde werden in den nach Artikel 2 Absatz 5 erwähnten Weisungen festgelegt.

(4) Unbeschadet der in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Maßnahmen trifft der Kapitän des Schiffes alle für unerlässlich erachteten Notmaßnahmen und unterrichtet unverzüglich die Behörde, welche die erforderliche Unterstützung gewährt.

(5) Machen Umstände außerhalb des Schiffes Notmaßnahmen für dieses erforderlich, so hat der Kapitän den Weisungen der Behörden zu folgen.

Artikel 6

(1) Der Inhaber ist objektiv haftbar für nukleare Schäden, wenn nachgewiesen wird, daß diese Schäden durch ein nukleares Ereignis verursacht worden sind, das auf Kernbrennstoffe des Schiffes oder aus dem Schiff stammende radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle zurückzuführen ist.

(2) Beweist der Inhaber, daß der nukleare Schaden ganz oder teilweise durch eine mit Schädigungsabsicht begangene Handlung oder Unterlassung einer verletzten natürlichen Person verursacht worden ist, so können die zuständigen Gerichte den Inhaber von seiner Haftung gegenüber dieser Person ganz oder teilweise befreien.

(3) Die Haftung des Inhabers ist für jedes einzelne nukleare Ereignis auf einen Betrag von 400 (vierhundert) Millionen Deutsche Mark begrenzt.

(4) Der Genehmigungsstaat verpflichtet sich gegenüber der Argentinischen Republik, die Zahlung der Schadensersatzansprüche für nukleare Schäden, die nach diesem Vertrag gegenüber dem Inhaber geltend gemacht werden, sicherzustellen, indem er die notwendigen Beträge bis zu einem Höchstbetrag von 400 (vierhundert) Millionen Deutsche Mark bereitstellt, soweit die vom Inhaber abgeschlossene Versicherung oder anderweitig gestellte finanzielle Sicherheit nicht ausreicht.

(5) Schadensersatzansprüche verjähren in zehn Jahren vom Eintritt des nuklearen Ereignisses an gerechnet.

(6) Ist ein nuklearer Schaden durch Kernbrennstoffe oder durch radioaktive Erzeugnisse oder Abfälle verursacht worden, die gestohlen, verloren oder über Bord geworfen worden sind, oder deren Besitz aufgegeben worden ist, so wird die in Absatz 5 bestimmte Frist vom Zeitpunkt des nuklearen Ereignisses an gerechnet, das den nuklearen Schaden verursacht hat; die Frist läuft

nadas precedentemente, deberá comunicarlo de inmediato la Autoridad, la que podrá ordenar la inmediata partida del buque o su cambio de amarradero, cualquiera sea el estado de la eventual operación de carga o descarga.

Artículo 5

1. Salvo acuerdo de la Autoridad debidamente documentado, el buque no podrá eliminar productos o desechos radiactivos en aguas o en puertos argentinos.

2. El buque, además de los gastos correspondientes a los buques convencionales, deberá hacerse cargo de los gastos de practica y remolque, derivados de la implementación de medidas de seguridad en aguas y puertos argentinos y los que resulten de medidas de emergencia, según el inciso 4.

3. Lo referente a la reparación de la instalación nuclear del buque en aguas y puertos argentinos, a las operaciones de mantenimiento y a sus respectivas verificaciones por la Autoridad: se precisará en las instrucciones a que se refiere el Artículo 2, inciso 5.

4. Sin perjuicio de las medidas correspondientes de acuerdo con el Artículo 4, inciso 1, el capitán del buque adoptará las medidas de emergencia que estime indispensables, informando inmediatamente a la Autoridad, la que prestará el auxilio necesario.

5. Cuando circunstancias exteriores al buque hagan necesario adoptar respecto a éste medidas de emergencia, el capitán deberá seguir las instrucciones de la Autoridad.

Artículo 6

1. El explotador será objetivamente responsable por daños nucleares, cuando se pruebe que esos daños han sido causados por un accidente nuclear en el que ha intervenido el combustible nuclear del buque o productos o desechos radiactivos provenientes del mismo.

2. Si el explotador prueba que la persona física que sufrió los daños los produjo o contribuyó a ellos con intención dolosa, los tribunales competentes podrán exonerar total o parcialmente al explotador de su responsabilidad para con esa persona.

3. La responsabilidad del explotador estará limitada, por cada accidente nuclear determinado, a la suma de 400 (cuatrocientos) millones de marcos alemanes.

4. El Estado de la Licencia se compromete ante la República Argentina, a garantizar el pago de indemnizaciones originadas en reclamaciones por daños nucleares, que se formulen contra el explotador de acuerdo con este Convenio, para lo cual pondrá a disposición los fondos necesarios hasta un importe máximo de 400 (cuatrocientos) millones de marcos alemanes, en la medida en que el seguro o la garantía financiera provista por el explotador no sean suficientes.

5. El derecho a reclamar una indemnización se extinguirá en el plazo de diez (10) años, a contar desde la fecha del accidente nuclear.

6. Cuando los daños nucleares se hayan debido a combustibles nucleares, productos o desechos radiactivos que hubieran sido objeto de robo, pérdida, echazón o abandono: el plazo previsto en el inciso 5 se contará a partir de la fecha en que tuvo lugar el accidente nuclear que produjo los daños nucleares; pero en ningún caso podrá ser superior a veinte (20) años, contados a partir de la

jedoch spätestens zwanzig Jahre nach dem Datum ab, an dem eine der genannten Handlungen begangen wurde.

(7) Verschlimmern sich die Schäden, so kann jeder innerhalb der vorstehend vorgesehenen Fristen geltend gemachte Anspruch, auch wenn diese Fristen bereits abgelaufen sind, erweitert werden, sofern nicht bereits ein Endurteil ergangen ist.

Artikel 7

Artikel 6 dieses Vertrages gilt für nukleare Schäden, die innerhalb der argentinischen Gewässer oder innerhalb des argentinischen Hoheitsgebietes eintreten, wenn das nukleare Ereignis

- innerhalb argentinischer Gewässer oder innerhalb des argentinischen Hoheitsgebietes oder
- außerhalb argentinischer Gewässer auf einer Fahrt zu oder von einem argentinischen Hafen oder zu oder aus argentinischen Gewässern eingetreten ist.

Artikel 8

(1) Klagen auf Ersatz eines nuklearen Schadens können nach Wahl des Klägers entweder bei den Gerichten des einen oder des anderen Vertragsstaates erhoben werden.

(2) Klagen gegen den Inhaber sind in der Bundesrepublik Deutschland an die Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt m. b. H. in Hamburg 11, Große Reichenstraße 2, und in der Argentinischen Republik an einen Repräsentanten dieser Gesellschaft zu richten, der innerhalb der in Artikel 2 Absatz 3 bestimmten Frist zu benennen ist.

(3) Eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, die von einem nach Absatz 1 zuständigen argentinischen Gericht erlassen worden ist, wird im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland anerkannt, es sei denn,

- a) daß die gerichtliche Entscheidung durch betrügerische Machenschaften des Klägers erlangt worden ist, oder
- b) daß dem Inhaber keine angemessene Gelegenheit zur Vertretung seiner Sache vor Gericht gegeben worden ist.

(4) Wird die Vollstreckung einer anerkannten rechtskräftigen gerichtlichen Entscheidung eines argentinischen Gerichts nach den gesetzlichen Förmlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland beantragt, so ist die Entscheidung in gleicher Weise zu vollstrecken, als handelte es sich um die Entscheidung eines Gerichts dieses Staates.

(5) Die Begründetheit des dem Urteil im Sinne von Absatz 3 und 4 zugrundeliegenden Anspruchs unterliegt keiner weiteren gerichtlichen Nachprüfung in der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, jede etwaige Streitigkeit über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages auf diplomatischem Wege beizulegen; hierbei werden sie hinsichtlich der Haftung für nukleare Schäden insbesondere die Bestimmungen des Brüsseler Übereinkommens berücksichtigen.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder

fecha en que tuvo lugar alguno de los hechos referidos.

7. En caso de agravamiento de los daños, toda demanda entablada dentro de los plazos previstos precedentemente, podrá ser ampliada aunque éstos hayan transcurrido, siempre que no exista sentencia firme.

Artículo 7

El Artículo 6 del presente Convenio se aplicará a los daños nucleares que se produzcan en aguas o territorios argentinos, si el accidente nuclear se ha producido:

- dentro de aguas o territorios argentinos, o
- fuera de aguas argentinas, en un viaje hacia o desde un puerto argentino o hacia o desde aguas argentinas.

Artículo 8

1. Las demandas de resarcimientos por daños nucleares se incoarán, a opción del demandante, ante los tribunales de uno u otro Estado Contratante.

2. Las demandas contra el explotador deberán ser dirigidas: en la República Federal de Alemania, contra la Compañía de Utilización de Energía Nuclear en las Construcciones Navales y Navegación Limitada, en Hamburgo 11, Grosse Reichenstrasse 2 ("Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffbau und Schifffahrt m.b.H.", Hamburg), y en la República Argentina, a un representante de la misma, que será indicado en la oportunidad del Artículo 2, inciso 3.

3. El fallo dictado por un tribunal argentino al que corresponda la competencia en virtud del inciso 1, será reconocido válido en el territorio de la República Federal de Alemania, a menos que:

- a) el fallo haya sido obtenido mediante fraude de la parte demandante; o
- b) no se haya dado al explotador la posibilidad de presentar su defensa.

4. Los fallos de los tribunales argentinos que sean reconocidos válidos tendrán carácter ejecutivo; una vez presentados para su ejecución, de conformidad con las formalidades exigidas por la República Federal de Alemania; como si se tratase de fallos dictados por un tribunal de este último Estado.

5. Una vez dictado un fallo de los mencionados en los incisos 3 y 4, no podrá procederse a la revisión del litigio por parte de la República Federal de Alemania.

Artículo 9

1. Las Partes Contratantes procurarán resolver por la vía diplomática toda eventual controversia originada por la interpretación o aplicación del presente Convenio, a cuyo efecto, respecto a la responsabilidad por daños nucleares, tendrán primordialmente presentes las disposiciones de la Convención de Bruselas.

2. Si una controversia no pudiera ser dirimida de esa manera, se someterá, a petición de una de las Partes Contratantes a un tribunal arbitral.

3. El tribunal arbitral se constituirá, cuando las circunstancias lo requieran, de forma que cada Parte Contratante designará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un ciudadano de un tercer Estado, el cual será nombrado

sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grunde verhindert, so soll sein Vertreter die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vertreter die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Range nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmannes sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

Durch Notenwechsel kann die Anwendung dieses Vertrages auf andere Schiffe des Genehmigungsstaates ausgedehnt werden.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Argentinischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag hat eine Geltungsdauer von drei Jahren. Er verlängert sich stillschweigend jeweils um ein weiteres Jahr, sofern nicht eine der Vertragsparteien der Verlängerung spätestens sechs Monate vor Vertragsablauf widerspricht.

GESCHEHEN zu Buenos Aires am 21. Mai 1971 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

por los gobiernos de las dos Partes Contratantes. Los miembros serán designados en el plazo de dos meses y el presidente en el de tres meses, a partir de la notificación que una Parte Contratante haga a la otra de querer someter la controversia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el inciso 3 no son observados, cada Parte Contratante podrá, a falta de otro acuerdo, solicitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia que proceda a los nombramientos necesarios. En el caso de que el Presidente sea ciudadano de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá a su sustituto efectuar los nombramientos. Si éste también fuere ciudadano de una de las Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte de Justicia que siga inmediatamente en el orden jerárquico, y no sea ciudadano de una de las dos Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Cada Parte Contratante sufragará los gastos de su miembro y de su representación en el procedimiento arbitral. Los gastos del presidente y demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. El tribunal arbitral puede adoptar otra distribución de los gastos. Por lo demás, el tribunal arbitral adoptará su propio reglamento.

Artículo 10

Por intermedio de notas, podrá extenderse la aplicación de este Convenio a otros buques del Estado de la Licencia.

Artículo 11

Este Convenio se aplicará también al Land Berlín, en tanto que el Gobierno de la República Federal de Alemania no haga una declaración en contrario al Gobierno de la República Argentina, dentro de los tres meses siguientes a su entrada en vigor.

Artículo 12

1. El presente Convenio deberá ser ratificado. El canje de los respectivos instrumentos de ratificación se efectuará en Bonn, en el menor término posible.

2. A partir del momento de haberse efectuado el canje el Convenio entrará en vigor.

3. El presente Convenio tendrá una duración de tres (3) años, renovable automáticamente por periodos de un año, pudiendo ser denunciado por cualquiera de las Partes, mediante comunicación efectuada con un plazo no menor de seis meses.

HECHO en Buenos Aires, Capital de la República Argentina, a los veintiún días del mes de mayo de mil novecientos setenta y uno, en dos ejemplares originales en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente válidos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Luitpold Werz
Botschafter

Por la República Argentina
Für die Argentinische Republik

Luis María de Pablo Pardo
Ministro de Relaciones Exteriores y Culto
Minister für auswärtige Beziehungen und Kultus

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen**

Vom 28. Januar 1972

Das Übereinkommen vom 15. Dezember 1960 gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 385) ist nach seinem Artikel 14 Satz 2 für

Finnland	am 18. Januar 1972
Chile	am 26. Januar 1972

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 7. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 1328).

Bonn, den 28. Januar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens
zur Bekämpfung der Falschmünzerei**

Vom 31. Januar 1972

Das in Genf am 20. April 1929 unterzeichnete Internationale Abkommen zur Bekämpfung der Falschmünzerei (Reichsgesetzbl. 1933 II S. 913) ist mit seinem Protokoll nach Artikel 26 des Abkommens für die

Philippinen	am 3. August 1971
-------------	-------------------

in Kraft getreten.

Die Philippinen haben bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde folgendes erklärt:

(Übersetzung)

"Articles 5 and 8 of the Convention shall be inoperative with respect to the Philippines unless and until Article 163 of the Revised Penal Code and Section 14 (a), Rule 110 of the Rules of Court in the Philippines, shall have been amended to conform to the said provisions of the Convention."

„Die Artikel 5 und 8 des Abkommens gelten für die Philippinen nicht, sofern und solange nicht Artikel 163 des revidierten Strafgesetzbuchs sowie Abschnitt 14 (a), Vorschrift 110, der philippinischen Gerichtsverfassung zwecks Anpassung an die genannten Bestimmungen des Abkommens geändert worden sind.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Dezember 1970 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 3).

Bonn, den 31. Januar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Protokolls
über die Vorrechte und Befreiungen der
Europäischen Weltraumforschungsorganisation
Vom 3. Februar 1972**

Das Protokoll vom 31. Oktober 1963 über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Weltraumforschungsorganisation (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 1353) ist nach seinem Artikel 33 Abs. 1 für

die Bundesrepublik Deutschland

und die nachfolgenden Staaten

Dänemark	Schweden
Frankreich	Schweiz
Italien	Spanien
Niederlande	Vereinigtes Königreich

am 23. Februar 1968,

für Belgien am 16. Juli 1971

in Kraft getreten.

Bonn, den 3. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Vierten Internationalen Zinn-Übereinkommens
Vom 4. Februar 1972

Nach § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 9. November 1971 über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an den Internationalen Zinnrat nach dem Vierten Internationalen Zinn-Übereinkommen vom 15. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 1197) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 46 Abs. b für die

Bundesrepublik Deutschland am 22. Dezember 1971 in Kraft getreten ist.

Die deutsche Annahmeerkunde ist am 22. Dezember 1971 bei der Regierung des Vereinigten Königreichs hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Australien	am 23. September 1971
Bolivien	am 23. September 1971
Bulgarien	am 23. September 1971

Dänemark	am 23. September 1971
Frankreich	am 23. September 1971
Indien	am 23. September 1971
Indonesien	am 23. September 1971
Japan	am 23. September 1971
Kanada	am 23. September 1971
Malaysia	am 23. September 1971
Nigeria	am 23. September 1971
Österreich	am 27. September 1971
Polen	am 23. September 1971
Sowjetunion	am 23. September 1971
Thailand	am 23. September 1971
Tschechoslowakei	am 23. September 1971
Ungarn	am 23. September 1971
Vereinigtes Königreich	am 23. September 1971
Zaire	am 28. Oktober 1971

Bonn, den 4. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Frhr. v. Braun

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Vereinbarung
über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr**

Vom 4. Februar 1972

Die Vereinbarung vom 7. Dezember 1944 über den Durchflug im Internationalen Fluglinienverkehr (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 411, 442) ist nach ihrem Artikel VI Abs. 3 für

Bahrein am 12. Oktober 1971
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Januar 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 24).

Bonn, den 4. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

Vom 4. Februar 1972

Das Übereinkommen zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum vom 14. Juli 1967 (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 295) tritt nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für

Fidschi am 11. März 1972
in Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. September 1971 (Bundesgesetzbl. II S. 1122).

Bonn, den 4. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über den Zivilprozeß**

Vom 8. Februar 1972

Das Haager Übereinkommen vom 1. März 1954
über den Zivilprozeß (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 576)
ist nach seinem Artikel 28 Abs. 2 für

Rumänien am 29. Januar 1972
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 4. Juli 1970 (Bundesgesetzbl. II
S. 751).

Bonn, den 8. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Durchführung von Artikel VI des
Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens**

Vom 8. Februar 1972

Das Übereinkommen vom 30. Juni 1967 zur Durch-
führung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und
Handelsabkommens (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1183,
1200) ist nach seinem Artikel 13 für

Österreich am 1. Januar 1972
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die
Bekanntmachung vom 9. Juni 1971 (Bundesgesetz-
blatt II S. 863).

Bonn, den 8. Februar 1972

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens und Statuts
über die Freiheit des Durchgangsverkehrs**

Vom 10. Februar 1972

Die Khmer-Republik (Kambodscha) hat in einer beim Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. April 1971 eingegangenen Note erklärt, daß sie sich an das Übereinkommen und Statut vom 20. April 1921 über die Freiheit des Durchgangsverkehrs (Reichsgesetzbl. 1924 II S. 387) gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. April 1970 (Bundesgesetzblatt II S. 204).

Bonn, den 10. Februar 1972

**Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frhr. v. Braun**

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen

Abgeschlossen am 31. Dezember 1971 — Format DIN A 4 — Umfang 320 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und ihren Vorgängern veröffentlicht wurden und die — soweit ersichtlich — noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preise von je DM 7,— zuzüglich je DM 0,90 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 399 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges. m. b. H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn.
Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie für Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Telefon 22 40 86 — 88.

Das Bundesgesetzblatt erscheint in drei Teilen. In Teil I und II werden die Gesetze und Verordnungen in zeitlicher Reihenfolge nach ihrer Ausfertigung verkündet. Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. beim Verlag vorliegen. Im Teil III wird das als fortgeltend festgestellte Bundesrecht auf Grund des Gesetzes über Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 (BGBl. I S. 437) nach Sachgebieten geordnet veröffentlicht. Der Teil III kann nur als Verlagsabonnement bezogen werden.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 25,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,65 DM. Dieser Preis gilt auch für die Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1970 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt, Köln 399 oder gegen Vorausrechnung bzw. gegen Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe 1,30 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung.
Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.